

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

↘
70,65 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

↘
44,68 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Es ist enttäuschend, dass der Förderstopp für kleine Wasserkraftanlagen unverändert in den Referentenentwurf übernommen wurde.“

Hans-Peter Lang, Präsident des Bundesverbands Deutscher Wasserkraftwerke, über den Referentenentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

REGENERATIVE

Erneuerbare können Regionen Milliarden bringen

ELEKTROFAHRZEUGE

Deutschland legt bei E-Auto-Neuzulassungen deutlich zu

WÄRMENETZ

Konstanzer Gemeinderat beschließt Kapital für klimafreundliche Wärme

Inhalt

TOP-THEMA

→ F&E: Von der Biogasanlage zur Bioraffinerie

POLITIK & RECHT

- **REGENERATIVE:** Erneuerbare können Regionen Milliarden bringen
- **KLIMASCHUTZ:** Staatliche Garantien sollen Investitionen auslösen
- **WASSERKRAFT:** Kleine Wasserkraft sieht sich durch die Politik bedroht
- **ELEKTROFAHRZEUGE:** Verbände drängen auf Reform beim Eichrecht

HANDEL & MARKT

- **EUROPA:** Bis zu 20 Milliarden Euro für nachhaltige Infrastruktur
- **PHOTOVOLTAIK:** PV-Ausschreibung zum 1. Juni publiziert
- **WINDKRAFT ONSHORE:** Auch in den ersten vier Monaten viele Wind-Genehmigungen
- **KLIMASCHUTZ:** Energiegenossenschaft Egis mit prominentem Neumitglied

TECHNIK

- **ELEKTROFAHRZEUGE:** Deutschland legt bei E-Auto-Neuzulassungen deutlich zu
- **STATISTIK DES TAGES:** Industriestrompreise inklusive Stromsteuer in Deutschland

UNTERNEHMEN

- **WÄRMENETZ:** Konstanzer Gemeinderat beschließt Kapital für klimafreundliche Wärme
 - **SPECULANTIUS:** Essener Energieriese liebäugelt in königlichen Gefilden
 - **PERSONALIE:** Verbund: Finanzchef Kollmann geht Ende August vorzeitig
-

MARKTBERICHTE

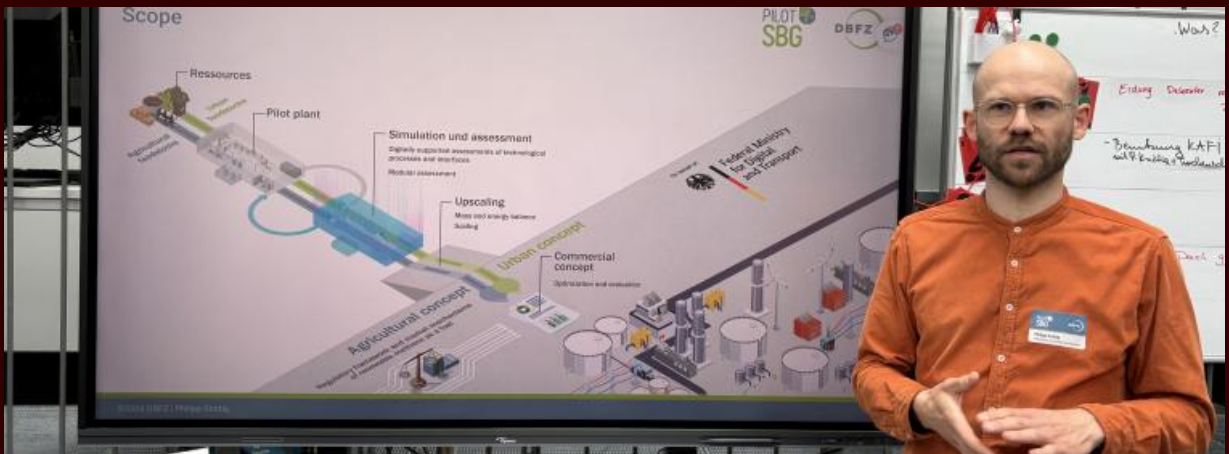
- **MARKTKOMMENTAR:** Iran-Angebot trifft auf abwartende Märkte
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Von der Biogasanlage zur Bioraffinerie



Projektleiter Phillip Knötig leitet die Pilotanlage am DBFZ. Quelle: Frank Urbansky

F&E. Eine Pilotanlage für eine vollständig regenerative Methan-Prozesskette wurde in Betrieb genommen. Ziel ist es, bislang wenig genutzte Rest- und Abfallstoffe zu erschließen.

Die Transformation biogener Reststoffe in marktfähige Energieträger gilt als zentraler Hebel für eine klimaneutrale Energie- und Mobilitätswirtschaft. Das Projekt Pilot-SBG „Bioressourcen und Wasserstoff zu Methan als Kraftstoff“ betreibt auf dem Gelände des Deutschen Biomasseforschungszentrums in Leipzig eine Forschungsplattform, die genau diesen Ansatz verfolgt.

Die Anlage für synthetisiertes Biogas (SBG) bildet erstmals die gesamte Prozesskette von heterogenen Rest- und Abfallstoffen bis hin zu erneuerbarem Methan im Pilotmaßstab ab. Dabei werden biogene und strombasierte Pfade zu einem integrierten Bioraffinerie-Konzept verknüpft. Verarbeitet werden unterschiedliche Rest- und Abfallstoffen – von Stroh über landwirtschaftliche Rückstände bis hin zu Gülle und Bioabfällen. Ziel ist es, bislang wenig genutzte Stoffströme zu erschließen und flexibel in ein Gesamtsystem einzubinden.

Die Anlage ist als durchgängige Wertschöpfungskette konzipiert. Zunächst werden die Reststoffe durch anaerobe Vergärung in Biogas umgewandelt. Es folgt die Methanisierung unter Einsatz erneuerbaren Wasserstoffs. „Wir wollen das CO₂ aus dem Biogas nicht einfach abtrennen, sondern vollständig nutzen“, erklärt Projektleiter Phillip Knötig vom Deutschen Biomasseforschungszentrum (DBFZ). In der nachgeschalteten Synthese wird CO₂ gemeinsam mit grünem Wasserstoff zu zusätzlichem Methan umgesetzt. Damit entsteht ein Gasstrom, der perspektivisch nahezu vollständig aus Methan besteht – ein wesentlicher Unterschied zu konventionellen Biogasanlagen, bei denen CO₂ als Nebenprodukt anfällt.

Gerade die Kopplung von Bio- und Power-to-Gas-Technologien bildet den Kern der Innovation: Während herkömmliche Anlagen auf die energetische Nutzung von Biogas beschränkt sind, erweitert die Pilotanlage das System um eine CO₂-Verwertung. Neben Biomethan entsteht so zusätzlich synthetisches Methan im selben System. Die Anlage fungiert damit als Plattform für erneuerbare Gase, die insbesondere im Verkehrssektor als Kraftstoff eingesetzt werden können.

Verschiedene Ausgangsstoffe, verschiedene Behandlungen

Ein zweiter Innovationsschritt ist die Vorbehandlung der Einsatzstoffe. Lignozellulosehaltige Materialien wie Stroh werden hydrothermal behandelt – bei Temperaturen von etwa 170 bis 180 Grad Celsius und

erhöhtem Druck. Dieser Schritt bricht die Struktur der Biomasse auf und verbessert die Verfügbarkeit für Mikroorganismen im Fermenter. Erste Ergebnisse zeigen eine deutlich erhöhte Prozessgeschwindigkeit, wodurch entweder kleinere Reaktoren ausreichen oder höhere Durchsätze möglich sind.

Die Pilotanlage ist modular aufgebaut: Sechs Reaktoren in drei parallelen Linien erlauben den direkten Vergleich unterschiedlicher Verfahrenskonzepte, etwa verschiedener Reaktortypen oder ein- und zweistufiger Vergärungsprozesse.

Neben der Gasproduktion adressiert das Projekt auch die stoffliche Nutzung von Nebenprodukten. Gärreste werden aufbereitet, Wasser zurückgeführt und Nährstoffe möglichst in landwirtschaftliche Kreisläufe integriert. Ergänzend werden alternative Verwertungspfade wie die hydrothermale Karbonisierung untersucht, bei der Hydrokohle entsteht. Diese könnte perspektivisch als CO₂-Senke oder stofflich genutzt werden, auch wenn hier noch regulatorische und qualitative Fragen offen sind.

Digitaler Zwilling hilft

Ein zentrales Element ist die Digitalisierung: Alle Prozessdaten werden in einem digitalen Zwilling abgebildet, der die Skalierung in industrielle Maßstäbe unterstützt. Auf dieser Basis lassen sich Bioraffinerie-Konzepte entwickeln und bewerten. „Wir gehen bewusst den Weg vom Labor über die Pilotanlage bis hin zum realen Business Case“, so Knötig. Erste Ergebnisse zeigen Produktionskosten für erneuerbares Methan von etwas über zwei Euro pro Kilogramm – ein Wert, der sich bereits bestehenden Marktpreisen annähert, jedoch stark von Energiepreisen und regulatorischen Rahmenbedingungen abhängt. Durch verfahrens- und prozesstechnische Optimierungen sowie durch eine flexible Fahrweise sollen die Produktionskosten weiter gesenkt werden.

Das seit 2018 im Rahmen der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung und der Förderrichtlinie Entwicklung regenerativer Kraftstoffe (FRL ErK) laufende Projekt versteht sich damit nicht nur als technologische Demonstration, sondern auch als Brücke zur industriellen Anwendung. Die Anlage dient als offene Plattform für Forschung und Industrie und soll zeigen, wie sich bislang ungenutzte Reststoffe in eine funktionierende Kreislaufwirtschaft überführen lassen. // VON FRANK URBANSKY

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / elxeneize

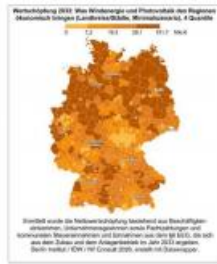
Erneuerbare können Regionen Milliarden bringen

REGENERATIVE. Der Ausbau erneuerbarer Energien kann lokale Wertschöpfung und den regionalen Arbeitsmarkt enorm stärken. Dies zeigt eine Studie des IÖW und der IW Consult.

Wenn Deutschland seine Ausbauziele für Wind- und Solarenergie erreicht, hat das unmittelbar positive Auswirkungen auf Deutschlands Städte und Landkreise: Auf 21 Milliarden Euro direkte Wertschöpfung jährlich und 101.600 Vollzeitarbeitsplätze beziffert die Studie „Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch erneuerbare Energien“ des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Consult (IW Consult) diese Effekte. In Auftrag gegeben hat die Studie das Bundeswirtschaftsministerium noch in der Regierungszeit der Ampelkoalition. Die Ergebnisse sind nun auf der Seite des Ministeriums abrufbar. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und das IÖW stellen sie in einer gemeinsamen Pressemitteilung vor.

In den Regionen verbleiben würden der Studie zufolge jährlich rund 12,4 Milliarden Euro. Fast die Hälfte fließe aus den Standortregionen ab, da die Anlagen nicht lokalen Akteuren, sondern externen Investoren gehörten. „Finanzielle Beteiligungsmodelle, Bürgerenergiegesellschaften und kommunale Investitionen könnten dafür sorgen, dass mehr Wertschöpfung vor Ort bleibt und mehr Anwohner von der Energiewende profitieren. Das kann außerdem die Akzeptanz erhöhen“, kommentiert Dr. Steven Salecki, Co-Autor der Studie und Volkswirt am IÖW.

Die Studie kombiniert quantitative Modellierungen für alle rund 400 Landkreise und kreisfreie Städte in Deutschland mit qualitativen Analysen von Praxisbeispielen. Demnach profitieren vor allem ländliche Regionen mit großen Flächenpotenzialen von der lokalen Energieerzeugung – mit mehr Steuereinnahmen, neuen Arbeitsplätzen und Gewinnen ansässiger Unternehmen.



Welchen ökonomischen Nutzen die Regionen durch den Ausbau der erneuerbaren Energien haben (zum Vergrößern der Ansicht bitte auf die Grafik klicken)
Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung / IÖW / IW Consult

In Bezug auf die Wertschöpfungseffekte seien auch deutliche Unterschiede sichtbar geworden, schreiben die Autoren – etwa ein Nord-Süd-Gefälle der Windenergiepotenziale. Aber Beispiele süddeutscher Landkreise zeigten, dass Erneuerbare auch dort ausgebaut werden und regionalwirtschaftliche Konzepte Vorteile bringen könnten.

Dementsprechend fällt auch die Empfehlung der Autoren aus: Regionen sollten den Erneuerbaren-Ausbau aktiv gestalten und finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger von Anfang an mitdenken. Erleichtert werden könne dies vonseiten der Politik durch den Abbau gesetzlicher Hürden, optimierte Ausrichtung der Förderprogramme und eine Stärkung regionaler Energieagenturen und die Bereitstellung neuer Beteiligungsrichtlinien in Planungsprozessen.

Die vollständige Studie „**Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch erneuerbare Energien**“ ist auf den Internetseiten des IÖW und des Bundeswirtschaftsministeriums abrufbar. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Staatliche Garantien sollen Investitionen auslösen



Quelle: Fotolia / Coloures-Pic

KLIMASCHUTZ. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) zeigt in einer Analyse, wie staatliche Garantien private Investitionen für Klimaschutz und Modernisierung mobilisieren können.

Deutschland braucht nach Einschätzung des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) neue Wege zur Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation. Das FÖS ist eine in Berlin ansässige Denkfabrik für Finanz-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik. In einem Policy Brief vom 27. April beschreibt das Institut staatliche Garantien als Instrument, um private Investitionen anzustoßen, ohne öffentliche Haushalte unmittelbar stark zu belasten.

Laut FÖS sind jährlich Investitionen von mehr als 100 Milliarden Euro nötig, um Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen und zugleich Infrastruktur sowie Wirtschaft zu modernisieren. Gleichzeitig stünden Bund, Länder und Kommunen unter erheblichem Haushaltsdruck. Deshalb müsse vorhandenes privates Kapital stärker eingebunden werden.

Zu späte Investitionen werden teuer

Carolin Schenuit, geschäftsführende Vorständin des FÖS, erklärte: „Wer notwendige Investitionen heute verschiebe, muss morgen höhere Kosten tragen.“ Diese entstünden durch eine teurere Transformation und steigende Folgekosten. Angesichts begrenzter öffentlicher Mittel seien intelligente Finanzierungsinstrumente nötig. Öffentliche Garantien gehörten dazu.

Im Policy Brief argumentiert das FÖS, dass nicht fehlendes Kapital das zentrale Problem sei. Vielmehr mangle es an ausreichend bankfähigen Projekten. Viele wirtschaftlich sinnvolle Vorhaben scheiterten demnach an schwer kalkulierbaren Risiken, langen Amortisationszeiten oder politischer Unsicherheit. Genannt werden etwa Projekte zur Dekarbonisierung industrieller Prozesse, die Nutzung von Abwärme oder Quartierslösungen mit Großwärmepumpen.

Öffentliche Garantien für Bankability

Öffentliche Garantien könnten nach Darstellung des FÖS einen Teil des Ausfallrisikos übernehmen. Das verbessere Finanzierungsbedingungen und erleichtere Investitionsentscheidungen. Hana van Look, Co-Autorin des Policy Briefs, erklärte laut Mitteilung, mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz ließen sich erhebliche private Investitionen mobilisieren. Garantien belasteten die Haushalte zudem nur dann, wenn tatsächlich ein Schadensfall eintrete. Historisch hätten Einnahmen aus Garantiegebühren häufig die Ausgaben übertroffen.

Kritisch sieht das FÖS, dass Deutschland bestehende Spielräume bislang nur begrenzt nutze. Vom Gewährleistungsrahmen des Bundes von mehr als einer Billion Euro sei weniger als die Hälfte ausgeschöpft. Bei inländischen Investitionen liege die Nutzung sogar nur bei knapp einem Drittel. Auch auf Ebene der Länder gebe es zusätzliche Möglichkeiten.

Deutschlandfonds ergänzen

Positiv bewertet das Institut den von der Bundesregierung geplanten Deutschlandfonds. Mit 30 Milliarden Euro öffentlichen Mitteln sollen private Investitionen in größerem Umfang ausgelöst werden. Nach Einschätzung des FÖS kann der Fonds jedoch nur ein Baustein sein. Den gesamten Investitionsbedarf werde er nicht decken. Entscheidend sei zudem, dass Mittel klar auf Transformationsziele ausgerichtet würden.

Nachholbedarf sieht das FÖS auch bei der klimapolitischen Steuerungswirkung bestehender Programme. Während Exportkreditgarantien bereits an Klimakriterien gebunden seien und fossile Projekte zunehmend ausschließen, gelte das für inländische Garantien bislang kaum. Das Institut empfiehlt daher Ausschlusskriterien für fossile Vorhaben, einfachere Verfahren und bessere Konditionen für klimafreundliche Projekte.

Als Beispiel nennt das FÖS die Sonderbürgschaft „Grüne Transformation“ in Nordrhein-Westfalen. Sie zeige, dass eine gezielte Ausrichtung möglich sei und auf Nachfrage stoße.

KMU einbinden

Zudem fordert das Institut bessere Zugänge für kleine und mittlere Unternehmen. Diese hätten häufig Schwierigkeiten, passende Garantie- und Förderangebote zu nutzen. Empfohlen werden zentrale Anlaufstellen, die Unternehmen durch Programme begleiten und beraten. Als Vorbilder nennt das FÖS Strukturen aus der Außenwirtschaftsförderung oder landesweite Effizienzagenturen.

Zugleich betont das Institut, dass Garantien direkte staatliche Investitionen nicht ersetzen könnten. Aufgaben wie Klimaanpassung, Biodiversitätsschutz oder der Ausbau öffentlicher Infrastruktur müssten weiterhin aus öffentlichen Haushalten finanziert werden. Schenuit erklärte, Garantien könnten ein wichtiger Hebel für den Klimaschutz sein, wenn sie verlässlich, zielgerichtet und politisch klar priorisiert eingesetzt würden. Entscheidend sei vor allem Planungssicherheit.

Ein [Factsheet zum Vorschlag des FÖS](#) steht als PDF zum Download bereit. // [VON SUSANNE HARMSSEN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Kleine Wasserkraft sieht sich durch die Politik bedroht



Quelle: Jonas Rosenberger

WASSERKRAFT. Die geplante Abschaffung der Einspeisevergütung für Wasserkraftanlagen mit einer Leistung unter 25 kW würde die Betreiber spürbar treffen, warnt der zugehörige Verband.

Der Referentenentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2027) aus dem Bundeswirtschaftsministerium sorgt bei den Betreibern der sogenannten kleinen Wasserkraft für Verunsicherung. Hintergrund ist die angekündigte Abschaffung der Einspeisevergütung für Anlagen mit einer Leistung von unter 25 kW.

„Die Abschaffung der Einspeisevergütung für Anlagen kleiner 25 kW gefährdet über 50 Prozent der kleinen Wasserkraft in Deutschland“, heißt es in einer Mitteilung des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke (BDW). Der Verband weist zugleich darauf hin, dass eine alleinige Betrachtung der installierten Leistung die tatsächliche Bedeutung dieser Anlagen nicht ausreichend widerspiegeln, da weder Stromerzeugung noch Systemwirkung vollständig erfasst würden.

Aus Sicht des BDW leisten gerade kontinuierlich einspeisende Technologien wie die Wasserkraft einen Beitrag zur Systemstabilität. Aufgrund ihrer hohen Volllaststunden stellen sie rund um die Uhr Strom bereit. „Es ist enttäuschend, dass der Förderstopp für kleine Wasserkraftanlagen unverändert in den Referentenentwurf übernommen wurde“, erklärt Hans-Peter Lang, Präsident des BDW. Der Verband fordert, den geplanten Förderstopp für Anlagen unter 25 kW wieder aus dem Gesetzentwurf zu streichen.

Die Branche argumentiert zudem mit der Rolle kleiner, dezentraler Anlagen für die Versorgungssicherheit. Diese seien „lokal verankert, technisch robust und könnten auch unter schwierigen Rahmenbedingungen kontinuierlich Strom erzeugen“. Vor dem Hintergrund zunehmender Unsicherheiten im Energiesystem würden sie damit einen Beitrag zur Krisenvorsorge leisten.

Verband befürchtet Stilllegung von Anlagen

Kritisch bewertet wird auch die wirtschaftliche Perspektive. Mit dem Wegfall der Einspeisevergütung entfallen für viele Betreiber die Grundlage für Modernisierung, Reaktivierung oder Neubau in dieser Leistungsklasse. Langfristig könnte dies zu einer schrittweisen Stilllegung eines Teils der bestehenden Infrastruktur führen.

Nach Angaben des Umweltbundesamtes wurden im Jahr 2025 in Deutschland rund 8.300 Wasserkraftanlagen betrieben, davon speisten etwa 7.300 in das öffentliche Netz ein. Ihr Anteil am Bruttostromverbrauch lag je nach Wasserführung zwischen 2,9 und 3,8 Prozent. Der Anlagenbestand wird zu etwa 95 Prozent von kleinen Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von bis zu 1 MW geprägt. Ihr Beitrag zur Stromerzeugung ist jedoch vergleichsweise gering, da über 90 Prozent des Wasserkraftstroms aus großen Anlagen stammen. // VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Verbände drängen auf Reform beim Eichrecht



Quelle: Shutterstock / EyeX

ELEKTROFAHRZEUGE. Acht Verbände aus Energie- und Mobilitätswirtschaft fordern schnelle Änderungen beim Eichrecht, um Kosten für öffentliche Ladesäulen zu senken und den Ausbau zu beschleunigen.

Acht Verbände und Organisationen drängen auf eine rasche Reform des Mess- und Eichrechts für öffentliche Ladeinfrastruktur. Nach Angaben der beteiligten Organisationen verteuern die aktuellen Vorgaben den Betrieb von Ladesäulen und bremsen den Ausbau. Zu den Unterzeichnern des Appells zählen der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI), der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC), der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Bundesverband Energiespeicher Systeme (BVES), CharIN, E-Mobility Deutschland, Inspire und S.A.F.E.

Die Verbände betonen, die derzeitige Eichpraxis verursache Kosten in Millionenhöhe. Diese Belastungen könnten sich auch auf die Preise an öffentlichen Ladepunkten auswirken. Deutschland müsse deshalb nationale Sonderregelungen beenden und stärker auf europaweit einheitliche Standards setzen, heißt es in einer Mitteilung am 27. April.

Nach Angaben der Verbände gab es zum 1. Februar 2026 in Deutschland rund 200.000 öffentliche Ladepunkte. Davon entfielen knapp 50.000 auf Schnellladepunkte. Diese Anlagen müssten nach geltendem Recht alle acht Jahre nachgeeicht werden. Die Verbände kritisieren, dass die bisher von Behörden angenommene Zahl von rund 6.000 Eichungen pro Jahr nicht mehr der Realität entspreche. Wegen der gestiegenen Zahl an Ladepunkten sowie zusätzlicher vorgeschriebener Nacheichungen nach Kabeltausch, Wartungen oder Kabeldiebstahl seien tatsächlich mehr als 45.000 Eichungen jährlich erforderlich.

Aus Sicht der Organisationen führen aufwendige Verfahren bei dieser Größenordnung unmittelbar zu hohen Mehrkosten. Diese träfen sowohl Betreiber als auch Investoren und könnten den weiteren Ausbau öffentlicher Ladeinfrastruktur erschweren. Konkret verlangen die Verbände, die überarbeitete europäische Measuring Instruments Directive (MID) zügig in deutsches Recht zu übernehmen. Dadurch sollen nach ihrer Darstellung EU-weit harmonisierte Regeln gelten und nationale Sonderwege entfallen.

Keine Eichung nach Kabeltausch

Zudem müsse klargestellt werden, dass bestimmte Reparaturen keine erneute Eichung auslösen, sofern die Messgenauigkeit erhalten bleibt. Als Beispiel nannten die Verbände den Austausch von Kabeln durch autorisierte Fachunternehmen. Bei Schnellladepunkten fordern die Organisationen außerdem praktikable Vorgaben für Prüfmittel. Betreiber dürften nicht allein mit Investitionen in teure Prüfgeräte belastet werden, die nach Angaben der Verbände Kosten im sechsstelligen Euro-Bereich verursachen können.

Weiter verlangen die Unterzeichner bundesweit einheitliche technische Spezifikationen für Prüfmittel. Geräte müssten länderübergreifend einsetzbar sein, damit Investitionen planbar blieben. Nach Ablauf der achtjährigen Eichfrist sprechen sich die Verbände zudem für Stichprobenverfahren aus, statt sämtliche Ladepunkte erneut flächendeckend zu prüfen. Auch Software-Updates müssten einfacher behandelt werden. Hier schlagen die Organisationen nachgelagerte Stichprobenprüfungen mit angemessenen Übergangsfristen vor.

Kritisch sehen die Verbände auch Pläne für zusätzliche Prüfpunkte bei Gleichstrom-Ladepunkten. Eine Ausweitung auf mindestens acht Prüfpunkte würde nach ihrer Einschätzung Zeitaufwand und Kosten erhöhen, ohne einen erkennbaren Zusatznutzen zu schaffen. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Pixabay / Udo Pohlmann

Bis zu 20 Milliarden Euro für nachhaltige Infrastruktur

EUROPA. Die EU hat einen Fonds für die Finanzierung ressourcenschonender Infrastruktur aufgelegt. Er soll Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern anstoßen.

Die Europäische Union und mehrere internationale Entwicklungsbanken haben einen neuen Fonds für grüne Anleihen gestartet. Ziel ist es, Investitionen von bis zu 20 Milliarden Euro in nachhaltige Infrastruktur in Entwicklungs- und Schwellenländern anzustoßen, teilte die EU-Kommission mit.

Der Fonds ist Teil der „Global Green Bond Initiative“ (GGBI), die wiederum zur Global-Gateway-Strategie der EU gehört. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte dazu: „Mit dem Fonds unterstreicht Europa seine Führungsrolle in der nachhaltigen Finanzierung. Wir mobilisieren Milliarden an privaten Investitionen für Klima- und Umweltziele.“

Die Global-Gateway-Strategie bündelt internationale Investitionen der EU unter anderem in Energie-, Verkehrs- und Digitalinfrastruktur. Im Kern geht es darum, Projekte zu finanzieren, die wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen und gleichzeitig Klima- und Umweltziele berücksichtigen.

Die Finanzierung des Fonds folgt einem Hebelprinzip: Öffentliche Mittel dienen als Grundlage, um zusätzliche private Investitionen zu mobilisieren. Rund 1 Milliarde Euro kommt von öffentlichen Investoren, darunter europäischen Förderbanken. Private Investoren sollen bis zu 2 Milliarden Euro beitragen. Durch diesen Mix kann ein deutlich größeres Investitionsvolumen angestoßen werden.

Allein für nachhaltige Projekte

Konkret investiert der Fonds in grüne Anleihen. Dabei handelt es sich um Schuldverschreibungen, deren Erlöse ausschließlich in nachhaltige Projekte fließen, etwa in erneuerbare Energien, Stromnetze oder Energieeffizienzmaßnahmen. Der Fonds soll dazu beitragen, solche Anleihen in Partnerländern stärker zu verbreiten.

Ein Schwerpunkt liegt auf sogenannten Erstemittenten. Das sind Staaten, Kommunen oder Unternehmen, die erstmals grüne Anleihen begeben. Gerade in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern fehlen bislang

Erfahrung und Marktstrukturen für solche Finanzierungen. Der Fonds übernimmt hier eine Anschubfunktion, indem er als Erstinvestor auftritt und damit Vertrauen bei weiteren Kapitalgebern schafft.

Mindestens ein Fünftel der Mittel ist für die am wenigsten entwickelten Länder vorgesehen. Neben Anleihen in Euro werden auch Emissionen in lokalen Währungen unterstützt. Das soll dazu beitragen, lokale Kapitalmärkte zu stärken und Wechselkursrisiken für Projektträger zu reduzieren.

Weitere Instrumente als Ergänzung

Beteiligt sind unter anderem die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie nationale Förderbanken aus mehreren EU-Staaten. Die Europäische Kommission sichert einen Teil der Risiken über eine Garantie im Rahmen des „European Fund for Sustainable Development Plus“ ab. Dadurch wird das Engagement für private Investoren attraktiver.

Ergänzt wird der Fonds durch zwei weitere Instrumente. Ein Programm für technische Unterstützung hilft Ländern und Institutionen dabei, grüne Anleihen vorzubereiten und geeignete Projekte zu entwickeln. Zudem gibt es einen Mechanismus, der einen Teil der Zinskosten übernimmt, wenn Emittenten wegen hoher Marktzinsen sonst keinen Zugang zum Kapitalmarkt hätten.

Für Energieversorger und Infrastrukturbetreiber in den Zielländern verbessert sich damit der Zugang zu Kapital für Investitionen in erneuerbare Energien, Netze und andere klimarelevante Projekte. Gleichzeitig verfolgt die EU das Ziel, internationale Standards für grüne Finanzierungen zu verbreiten und die Bedeutung des Euro im Markt für nachhaltige Anleihen zu stärken. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

PV-Ausschreibung zum 1. Juni publiziert



Quelle: Pixabay / cverkest

PHOTOVOLTAIK. Die Bundesnetzagentur hat die Ausschreibung für PV-Anlagen im zweiten Segment zum 1. Juni veröffentlicht. Das Volumen beträgt knapp 300 MW.

Zum 1. Juni schreibt die Bundesnetzagentur 296.269 kW Leistung an Photovoltaikanlagen im zweiten Segment aus. Das erste Segment umfasst Freiflächenanlagen und bauliche Anlagen (nicht Gebäude), während das zweite Segment spezifisch Aufdachanlagen auf Gebäuden oder an Lärmschutzwänden bezeichnet.

Aufgrund von Nachfragen aus dem Kreis potenzieller Bieter weist die Bundesnetzagentur darauf hin, dass von den Teilnehmern dieser Ausschreibung noch keine Netzentgelte mit Finanzierungsfunktion (Kapazitätsentgelte) im Sinne der Orientierungspunkte der Bundesnetzagentur zur Beteiligung der Einspeiser vom 17. Februar 2026 erhoben werden.

Dies sei Teil der regulären Ausschreibungsmengen, da für die durch das Solarpaket I eingeführten erhöhten Ausschreibungsvolumen in den Jahren 2024 bis 2029 (§ 28b Abs. 2 EEG 2023) noch die beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission fehle.

Dies betreffe laut der Behörde auch das erhöhte Ausschreibungsvolumen von 2.300 MW für das Jahr 2026, sofern nicht bis zum 31. Mai 2026 noch eine Genehmigung der EU-Kommission erteilt werde. Bis zur Erteilung der Genehmigung seien die entsprechenden Regelungen in der seit 15. Mai 2024 geltenden Fassung anzuwenden.

Mindestgebotsmenge 1 MW

Für den Gebotstermin gilt unverändert eine Mindestgebotsmenge von 1 MW, sofern nicht zwischenzeitlich eine Genehmigung der EU-Kommission diese auf 751 kW senkt, so die Bundesnetzagentur. Das Gebotspreisverfahren werde als „pay as bid“ durchgeführt mit einem Höchstwert von 10 Cent/kWh.

Das reguläre Ausschreibungsvolumen im Jahr 2026 beträgt insgesamt 1.100 MW und werde gleichmäßig auf die drei Gebotstermine eines Kalenderjahres verteilt. Es sind die Formulare des aktuellen Gebotstermins zu verwenden, erinnert die Behörde.

Nicht benötigte bar hinterlegte Projektsicherungsbeiträge, überzahlte Gebühren und sonstige zu diesem Verfahren eingegangene Zahlungen würden nach der Veröffentlichung der Ergebnisse dieses Gebotstermins unverzüglich freigegeben. Aufgrund verschiedener interner und externer Prüfprozesse dauere es nach Bekanntgabe der Ergebnisse regelmäßig bis zu sechs Wochen, bis die Zahlungen von der Bundeskasse tatsächlich ausgeführt werden.

Die **PV-Ausschreibung zum 1. Juni** steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Auch in den ersten vier Monaten viele Wind-Genehmigungen



Quelle: Shutterstock / Jacques Tärnero

WINDKRAFT ONSHORE. Die letztjährige Genehmigungsdynamik bei der Windenergie an Land setzt sich in diesem Frühjahr laut der Fachagentur Wind und Solar fort.

In den ersten vier Monaten wurden rund 6.000 MW neue Windenergieleistung genehmigt – ein Plus von 10 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2025. Die Dauer der in diesem Jahr bislang abgeschlossen Genehmigungsverfahren liegt mit durchschnittlich 17 Monaten auf demselben Niveau wie 2025. Der Brutto-Zubau an neuer Windenergieleistung erreichte Ende März gut 1.100 MW Leistung - 9 Prozent über dem Wert im letztjährigen ersten Quartal.

Auch die Stilllegungszahlen haben im Frühjahr deutlich zugelegt. Rund 240 MW an Altanlagenleistung gingen zwischen Januar und März vom Netz, das sind fast 40 Prozent mehr als im letztjährigen Frühjahr.

Die Entwicklung der Freiflächen-Solarenergie zeigte sich in den ersten drei Monaten dieses Jahres erneut sehr dynamisch. Mit fast 2.000 MW wurde ein neuer Rekordwert für ein erstes Quartal erreicht, was einem Plus von 12 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht. Der Zubau bleibt regional weiterhin vor allem in Bayern und Brandenburg dominant. Allerdings verzeichnen auch Regionen im Norden einen starken Zuwachs. // VON CLAUDIUS DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

Energiegenossenschaft Egis mit prominentem Neumitglied



KLIMASCHUTZ. Der Fernsehmoderator und Physiker Harald Lesch ist nun Genosse bei der größten Energiegenossenschaft Bayerns.

Harald Lesch (r.) ist nun Genosse der Egis.
Quelle: EGIS eG

Marketing-Coup bei der Energiegenossenschaft Inn-Salzach kurz Egis: Der Astrophysiker und Wissenschaftskommunikator Harald Lesch ist seit kurzem Teil der Gemeinschaft. Er wolle damit ein „Zeichen für die Bedeutung der Bürgerenergie“ setzen, heißt es in einer Mitteilung der Genossenschaft mit Sitz im oberbayerischen Neuötting.

Mit 3.373 Mitgliedern ist die Egis nach eigenen Angaben die größte Energiegenossenschaft Bayerns. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen investieren in der Genossenschaft gemeinsam in Photovoltaikanlagen, Wärmenetze und Ladeinfrastruktur. Die Projekte sollen die regionale Wertschöpfung stärken und eine verlässliche Energieversorgung vor Ort schaffen.

Der Einstieg sei dabei bewusst niederschwellig gehalten, heißt es weiter. Bereits ab 150 Euro kann man Mitglied werden und sich an der Energiewende beteiligen. Die Egis hat seit ihrer Gründung im Jahr 2013 über 30 Projekte umgesetzt.

„Energiewende vor Ort selbst in die Hand nehmen“

Wie das Ganze konkret aussieht, zeigt ein Projekt im unterfränkischen Bundorf. Dort hat die Egis gemeinsam mit Partnern ein umfassendes Energiekonzept realisiert: ein Solarpark mit 125 MW Leistung, ein ländliches Fernwärmenetz und passende Ladeinfrastruktur. Ein Teil des erzeugten Stroms fließt direkt in die Wärmeversorgung vor Ort. Strom, Wärme und Mobilität werden hier miteinander verzahnt – ganz ohne Science-Fiction, dafür mit viel Praxisbezug.

Harald Lesch kennt man unter anderem aus Formaten wie „Terra X“ und „Leschs Kosmos“. Mit seinem Beitritt macht er deutlich, dass die Energiewende für ihn kein abstraktes Zukunftsthema ist: „Wir wissen längst, was zu tun ist. Die Energiewende muss jetzt umgesetzt werden. Es geht um unsere Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Durch Energiegenossenschaften können Menschen die Energiewende vor Ort selbst in die Hand nehmen“, so Lesch. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

🔧 TECHNIK



Quelle: Shutterstock / UKRID

Deutschland legt bei E-Auto-Neuzulassungen deutlich zu

ELEKTROFAHRZEUGE. Weltweit stieg die Zahl der Neuzulassungen von Elektrofahrzeugen 2025 deutlich. China dominiert den Markt, während Deutschland nach schwächeren Jahren wieder aufholt.

Das Marktwachstum für Elektrofahrzeuge hat 2025 wieder deutlich zugenommen. Weltweit seien 21,4 Millionen Fahrzeuge neu zugelassen worden, ein Anstieg um 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr, teilt das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) mit. In seine Analyse flossen batterieelektrische Pkw, Plug-in-Hybride sowie Fahrzeuge mit Range Extender ein.

China bleibt mit Abstand der wichtigste Einzelmarkt. Dort wurden mit 14,2 Millionen Neuzulassungen rund zwei Drittel des globalen Marktes registriert. Inzwischen sei dort fast jeder zweite neu zugelassene Pkw ein Elektrofahrzeug. Hersteller aus dem eigenen Land dominierten den Markt, während internationale Anbieter nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Der weltweite Bestand an Elektrofahrzeugen erreichte Ende 2025 rund 74,3 Millionen Fahrzeuge. Davon entfielen etwa 44 Millionen auf China, gefolgt von den USA mit 7,1 Millionen und Deutschland mit rund 3,2 Millionen Fahrzeugen. Neben China (+40 Prozent) verzeichneten vor allem kleinere Märkte hohe Wachstumsraten, darunter Spanien (+50 Prozent) und Dänemark (+42 Prozent).

In Norwegen 97 Prozent der Neuzulassungen elektrisch

In Europa zog der Markt nach einer Phase der Stagnation wieder an. Die Neuzulassungen stiegen auf rund 3 Millionen Fahrzeuge, womit die EU ihre Position als zweitgrößter Markt hinter China behauptete. In den USA hingegen sei ein leichter Rückgang zu beobachten gewesen, was unter anderem auf ausgelaufene steuerliche Förderungen im September 2025 zurückgeführt werde.

Deutschland konnte nach zwei schwächeren Jahren wieder deutlich zulegen. Die Zahl der neu zugelassenen Elektro-Pkw stieg gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent auf 856.500 Fahrzeuge. Damit wurde erstmals seit 2022 wieder ein Höchstwert erreicht. Als Gründe nennt das ZSW unter anderem gesunkene Fahrzeugpreise sowie eine größere Modellvielfalt. Insgesamt sind damit mehr als 3,1 Millionen Elektroautos auf deutschen Straßen unterwegs.

Im internationalen Vergleich bestehe jedoch weiterhin Nachholbedarf. In Deutschland sei bislang etwa jeder dritte neu zugelassene Pkw elektrisch, während in nordeuropäischen Ländern deutlich höhere Anteile erreicht würden. In Dänemark und Schweden liege der Anteil bei rund zwei Dritteln, in Norwegen sogar bei über 97 Prozent. Auch im Fahrzeugbestand zeigten sich Unterschiede: In Norwegen sei bereits jeder dritte Pkw elektrisch, in Deutschland liege der Anteil bei etwas über sechs Prozent.

Elektrofahrzeuge könnten zudem zur Stabilisierung gegenüber Energiepreisschwankungen beitragen. „Die Entwicklungen der Kraftstoffpreise in den letzten Wochen zeigen eindrücklich, dass Länder mit einem hohen Anteil an Elektrofahrzeugen resilienter aufgestellt sind als Länder mit geringen Anteilen“, sagt Andreas Püttner vom ZSW. Ein beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien könne diese Effekte verstärken und zugleich den Klimaschutz im Verkehrssektor unterstützen.

Verbindliche Flottengrenzwerte für Dienstwagen als Chance

Im internationalen Wettbewerb konnten deutsche Hersteller nach Erkenntnissen des ZSW ihre Position behaupten. Volkswagen, BMW und Mercedes-Benz gehören weiterhin zu den zehn größten Anbietern weltweit. Die Volkswagen-Gruppe liege mit mehr als 5,7 Millionen verkauften Elektrofahrzeugen auf Rang drei. Allerdings wachse der Abstand zum Marktführer BYD aus China, der bislang über 15 Millionen Fahrzeuge abgesetzt habe. Auch bei den Neuzulassungen 2025 dominierten chinesische Hersteller: BYD belegte mit rund 4,5 Millionen Fahrzeugen den ersten Platz, während Volkswagen mit etwa 1,4 Millionen Einheiten Rang vier erreichte.

Mit Blick auf die Rahmenbedingungen sieht Püttner weitere Chancen für die E-Mobilität, sofern der politische Wille dafür vorhanden ist. So könnten verbindliche CO₂-Flottengrenzwerte für Dienstwagen die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen in Deutschland und der EU stärken. Gleichzeitig könnte eine noch stärkere Elektrifizierung des Dienstwagensegments – die Fahrzeuge stammen zum Großteil von deutschen Herstellern und machen einen hohen Anteil an den Neuzulassungen aus – auch den Gebrauchtwagenmarkt beleben.

Grundlage der ZSW-Zahlen sind eigene Berechnungen auf Basis von öffentlichen Statistiken einzelner Länder, Veröffentlichungen von Verbänden und Organisationen sowie Angaben von Fahrzeugherstellern.

// VON FRITZ WILHELM

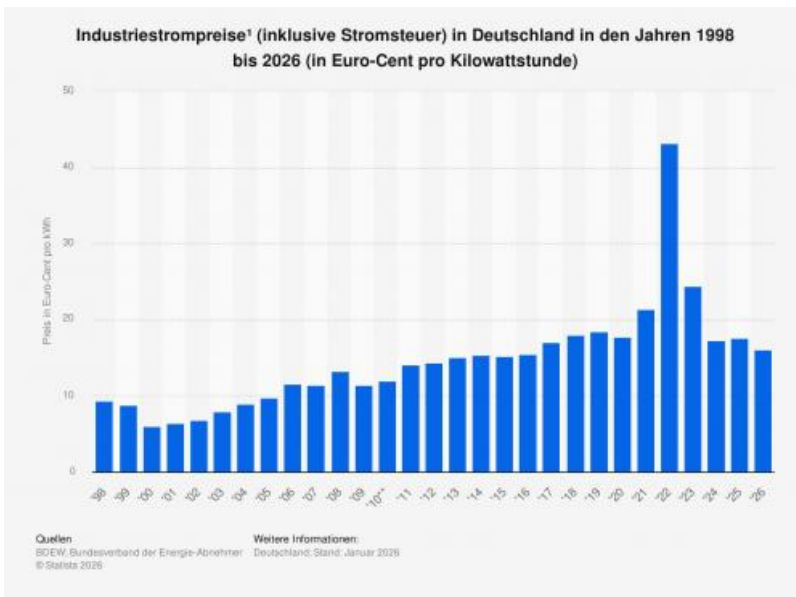
[^ Zum Inhalt](#)

Industriestrompreise inklusive Stromsteuer in Deutschland



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Der Industriestrompreis inklusive der Stromsteuer betrug 2026 in Deutschland rund 16 Cent/kWh. Auch anhand des Index zur Entwicklung des Industriestrompreises in Deutschland ist zu erkennen, dass die Strompreise in den jüngsten Jahren kurzzeitig gestiegen sind. Der große Anstieg 2022 ist auf die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges zurückzuführen, da die Preise für Rohstoffe wie Gas und Kohle stark gestiegen sind.

Der deutsche Industriestrompreis inklusive Steuern setzt sich aus verschiedenen Posten zusammen. Der Posten „Beschaffung, Netzentgelt und Vertrieb“ nimmt dabei den größten Anteil ein, gefolgt von der Stromsteuer. Bei einem Jahresstromverbrauch von 0,5 bis 2 Milliarden kWh lag der Preis für Industriestrom, exklusive Steuern, im europäischen Vergleich in Griechenland, Bulgarien und Italien am höchsten. Deutschland befand sich auf Rang 15 der Länder Europas nach der Höhe des Industriestrompreises.

*1 Durchschnittlicher Strompreise für Neuabschlüsse in der Industrie in Cent/kWh (inklusive Stromsteuer), Jahresverbrauch 160.000 bis 20 Millionen kWh, mittelspannungsseitige Versorgung. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Stefan Sagmeister

Konstanzer Gemeinderat beschließt Kapital für klimafreundliche Wärme

WÄRMENETZ. Konstanz will den Ausbau erneuerbarer Wärmenetze vorantreiben und stellt den Stadtwerken über 15 Jahre dafür 30 Millionen Euro bereit.

Der Gemeinderat der Stadt Konstanz hat am 23. April 2026 beschlossen, die Eigenkapitalbasis der Stadtwerke Konstanz GmbH deutlich zu stärken. Insgesamt sollen über einen Zeitraum von 15 Jahren von 2027 bis 2041 rund 30 Millionen Euro bereitgestellt werden. Damit solle insbesondere der Ausbau klimafreundlicher Wärmenetze in geeigneten Stadtgebieten ermöglicht werden.

Grundlage des Vorhabens ist die kommunale Wärmeplanung, die der Gemeinderat bereits Anfang 2024 verabschiedet hatte. Diese sehe den Neubau überwiegend erneuerbar betriebener Wärmenetze in mehreren Quartieren vor. Die Stadtwerke gehen laut einer Mitteilung der Kommune in diesem Zusammenhang von einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 550 Millionen Euro in den kommenden 15 Jahren aus. Voraussetzung dafür sei eine stabile Eigenkapitalausstattung.

Nach Angaben der Stadt sollen die Mittel jeweils zur Hälfte als Gesellschafterdarlehen und als Kapitalzuführung bereitgestellt werden. Ergänzend spiele die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) eine zentrale Rolle, über die bis zu 40 Prozent der förderfähigen Kosten gedeckt werden könnten.

Oberbürgermeister Uli Burchardt sieht Wärmenetze als ein zentrales Geschäftsmodell der zukünftigen Wärmeversorgung. Die Investitionen dienen nicht nur dem Klimaschutz, sondern stärken auch die wirtschaftliche Perspektive des kommunalen Unternehmens. Stadtwerke-Geschäftsführer Gordon Appel wertete den Beschluss als wichtiges Signal für die lokale Wärmewende. Diese sei finanzierbar und solle eine verlässliche sowie bezahlbare Wärmeversorgung für möglichst viele Haushalte ermöglichen.

70 Prozent Fremdkapitalquote

Die Errichtung der Wärmenetze soll über eigens gegründete Projektgesellschaften erfolgen, an denen sich neben den Stadtwerken weitere Partner beteiligen. Rund 70 Prozent der verbleibenden Investitionen sollen über Fremdkapital finanziert werden, etwa durch Bankdarlehen, Förderkredite oder Bürgerbeteiligungsmodelle. Die restlichen 30 Prozent seien als Eigenkapital vorgesehen. Der Anteil der

Stadtwerke belaufe sich dabei auf rund 59 Millionen Euro, wovon die Stadt nun 30 Millionen übernehme. Weitere 29 Millionen müssten die Stadtwerke selbst erwirtschaften.

Die Verwaltung kündigte an, konkrete Vertragswerke zu erarbeiten und diese im vierten Quartal 2026 vorzulegen. Erste Mittel sollen im Doppelhaushalt 2027/2028 eingeplant werden. Voraussetzung für die Freigabe der Gelder seien unter anderem Projektbeschlüsse, Förderzusagen sowie belastbare Wirtschaftlichkeits- und Risikoprüfungen. // VON FRITZ WILHELM

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Essener Energieriese liebäugelt in königlichen Gefilden



Quelle: OpenAI

SPECULANTIUS. In der Rubrik „Speculantius“ veröffentlicht die Redaktion für den Markt relevante Gerüchte, Meinungen und unbestätigte Berichte.

Für die Presse im Vereinigten Königreich war es einmal das „Wunderkind des britischen Energiemarktes“. Jetzt hat der Eon-Konzern offenbar Gefallen an dem inzwischen ins Teenager-Alter gekommenen Unternehmen gefunden. Medienberichten zufolge liebäugelt der Essener Riese mit dem Kauf von Ovo Energy. Mit dem Deal würde er sich zu einem Gas- und Elektrizitätsanbieter mit mehr als 9,5 Millionen Kunden auswachsen und teils sogar British Gas und Octopus Energy auf der Insel in den Schatten stellen.

Wie das Geschäft zwischen Eon und Ovo konkret aussehen könnte, ist nicht an die Presse durchgesickert. Auf Nachfrage äußerten sich die Unternehmen nicht. Ein Scheitern der Gespräche sei noch möglich, schrieben Nachrichtenagenturen am 25. April.

Die Essener sind nicht die ersten, die die mögliche Braut in Augenschein nehmen. Wie der Guardian im Dezember berichtete, soll die norwegische Investmentgruppe Verdane Gespräche über eine mögliche Beteiligung an Ovo abgebrochen haben. Auch die Beteiligungsgesellschaft Permira soll nach wochenlanger Prüfung möglicher Deal-Bedingungen kalte Füße bekommen haben. Und zuvor soll es erste Gespräche mit Iberdrola, dem Eigentümer von Scottish Power, über eine mögliche Zusammenarbeit mit Ovo gegeben haben.

Ovo steckt Medienberichten zufolge in finanziellen Schwierigkeiten. Ende vergangenen Jahres kündigte das Unternehmen Stellenstreichungen an. Von 200 Stellen war die Rede. „Wir nehmen Veränderungen vor, die uns näher an unsere Kunden bringen und unseren Fokus als Energieversorger schärfen. Unsere Maßnahmen werden uns helfen, ein stärkeres, widerstandsfähigeres Unternehmen aufzubauen“, sagte ein Unternehmenssprecher dem Guardian. Die Entlassungen seien Teil eines Plans, der der Branchenaufsichtsbehörde Ofgem vorgelegt wurde, um nachzuweisen, dass neue finanzielle Standards eingehalten werden, hieß es.

Trotz der finanziellen Schwierigkeiten und weiterhin hoher Kosten für die Kunden zahle Ovo jedes Jahr Millionenbeträge an ein Unternehmen von Stephen Fitzpatrick, der Ovo im Jahr 2009 gegründet hat.

Unbeliebt bei Kunden gemacht hat sich Ovo laut Medien durch einen Blog-Beitrag in den ersten Monaten der Energiekrise 2022. Als man sich im Land auf kaltes Winterwetter vorbereitete, empfahl der Gas- und Stromanbieter Haushalten, unter anderem Hampelmänner zu machen, um sich warm zu halten. Das blaue Wunder, das das Wunderkind seither durchlebt, könnte mit der Eon-Übernahme Geschichte werden.

// VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Verbund: Finanzchef Kollmann geht Ende August vorzeitig



Peter Kollmann verlässt den Verbund Ende August nach mehr als zwölf Jahren als Finanzvorstand. Quelle: Verbund

PERSONALIE. Peter Kollmann wechselt zur Bank of America. Seine Funktion beim größten österreichischen Stromkonzern hatte er seit Anfang 2014 inne. Sein Vertrag wäre bis Ende 2027 gelaufen.

Peter Kollmann, der Finanzchef und stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Verbunds, des größten österreichischen Stromkonzerns, verlässt das Unternehmen mit 31. August. Das teilte der Konzern am 27. April mit. In der Folge wird Kollmann Vice Chair EU und Country Executive für Deutschland und Österreich bei der Bank of America.

Erstmals wurde der 1962 geborene Manager per 1. Januar 2014 zum Finanzvorstand des Verbunds berufen. Sein derzeitiges Mandat wäre bis einschließlich 31. Dezember 2027 gelaufen. Er steht dem Unternehmen bis zum 31. August zur Verfügung. Wenn seine Nachfolge bis dahin nicht geregelt ist, übernimmt Generaldirektor Michael Strugl die Funktion des Finanzvorstands interimistisch.

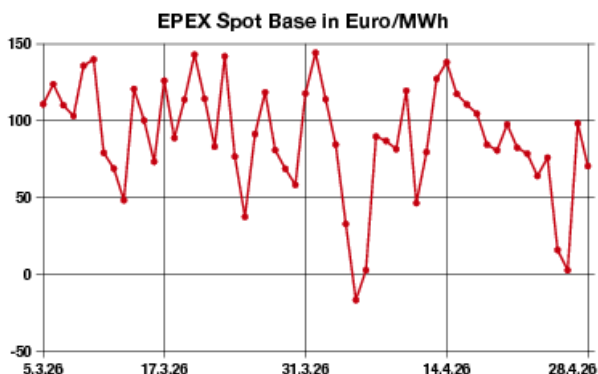
Ebenfalls zurücklegen wird Kollmann seine Positionen als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Übertragungsnetzbetreibers Austrian Power Grid (APG), der zu 100 Prozent dem Verbund gehört, sowie des Fernleitungsunternehmens Gas Connect Austria (GCA), der zu 51 Prozent im Besitz des Verbunds ist.

Ein großes Anliegen waren Kollmann sogenannte „grüne“ Finanzierungen. Unter seiner Leitung begab der Verbund 2014 den ersten „Green Bond“ im deutschsprachigen Raum. Im April 2025 publizierte der Konzern sein überarbeitetes „Green Financing Framework“. // [VON KLAUS FISCHER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Iran-Angebot trifft auf abwartende Märkte



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Abwartend zeigen sich die Energienotierungen zum Wochenaufstart. Hoffnungen auf direkte Gespräche zwischen Iran und den USA waren am Wochenende enttäuscht worden. Nun soll jedoch laut unbestätigten Berichten ein iranisches Angebot für Verhandlungen vorliegen. Dabei müssten die USA allerdings die Kröte schlucken, dass über das iranische Atomprogramm erst zu einem späteren Zeitpunkt separat gesprochen werden soll. US-Präsident Donald Trump hat unterdessen die Reise der US-Gesandten Steve Witkoff und Jared Kushner nach Pakistan zu Gesprächen mit dem Iran abgesagt. Er fügte aber hinzu, dass die Iraner zehn Minuten, nachdem er die Reise abgesagt hatte, ein viel besseres Angebot geschickt hätten. Dieses sehe vor, dass der Iran im Rahmen eines Abkommens keine Atomwaffen besitze.

Strom: Überwiegend leichter hat sich am Montag der deutsche OTC-Strommarkt gezeigt. Der Day-ahead kostete im Base 71,00 Euro/MWh und im Peak 30,25 Euro/MWh. Der Montag selbst war am Freitag außerbörslich mit 105 Euro/MWh bewertet worden. Börslich wurden am Montag für die Grundlast 70,65 Euro ermittelt und für die Spitzenlast 29,87 Euro.

Händler verweisen als Grund für den Preisrückgang von Montag auf Dienstag auf die sehr viel höhere Erneuerbaren-Einspeiseleistung, die für den zweiten Wochentag erwartet wird. Die Meteorologen von Eurowind erwarten für den Dienstag Beiträge von Wind und Solar im Umfang von 29,4 Gigawatt nach nur 19,4 Gigawatt am Berichtstag. Für die Folgetage geht Eurowind von einer Einspeiseleistung in ähnlicher Höhe wie am Dienstag aus, mit der Folge negativer Preise während langer Perioden des Tages. Bereits für diesen Dienstag waren die Börsenpreise zwischen 10.30 Uhr und 17.15 Uhr im Wesentlichen negativ. Die niedrigste Notierung betrug auf Viertelstundenbasis minus 35,47 Euro. Am Sonntag war eine Viertelstundenscheibe sogar mit minus 480 Euro herausgekommen.

Am langen Ende verlor das Frontjahr am Berichtstag wegen der Abgaben bei Gas um 0,91 auf 91,07 Euro.

CO₂: Ein wenig fester haben sich die CO₂-Preise am Montag präsentiert. Der Dec 26 notierte gegen 13.25 Uhr mit einem Plus von 0,22 auf 75,12 Euro/t. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 8,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 75,32 Euro, das Tief bei 74,15 Euro. Die Analysten von Vertis erwarten eine Seitwärtsbewegung mit einem leicht bearishen Zusatzimpuls. Die wärmeren Temperaturen dämpfen die Nachfrage aus dem Energiesektor, und die jüngsten Daten zu Handelsvolumen und Positionen

deuten auf eine nur begrenzte Bereitschaft zu neuen Geschäften hin. Nach dem April-Verfall von vergangener Woche stellt die 75-Euro-Marke weniger Druck dar, sodass die Preise leichter nachgeben können.

Insgesamt erwartet Vertis für die laufende Woche eine Spanne von 71 bis 75 Euro, mit einer leichten Tendenz nach unten, da die Marktteilnehmer ihr Engagement vor dem langen Wochenende möglicherweise reduzieren, sofern keine neuen Impulse auftauchen.

Erdgas: Etwas leichter zeigte sich am Montag der europäische Erdgasmarkt. Der Frontmonat Mai am niederländischen TTF sank bis 14.53 Uhr um 0,150 auf 44,200 Euro/MWh. Am deutschen THE fiel der Day-ahead 1,450 auf 44,000 Euro/MWh. Händler verweisen zwar auf die anhaltende Sperrung der Straße von Hormus und die Stockung der Verhandlungen zwischen Iran und den USA als bullishen Grundimpuls, bearish erweise sich hingegen die Aussicht auf eine längere Schönwetterphase in Nordwesteuropa mit allerdings nur moderatem Windaufkommen. Die Heating Degree Days belaufen sich laut MBI Research auf 46,85 gegenüber 49,06 im Saisondurchschnitt. Noch am Vortag hatte die HDD 56,35 betragen.

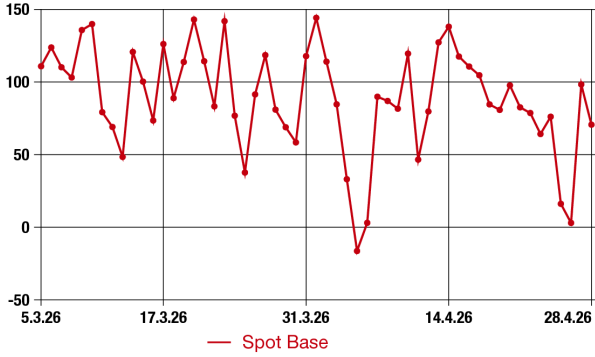
// VON CLAUD-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

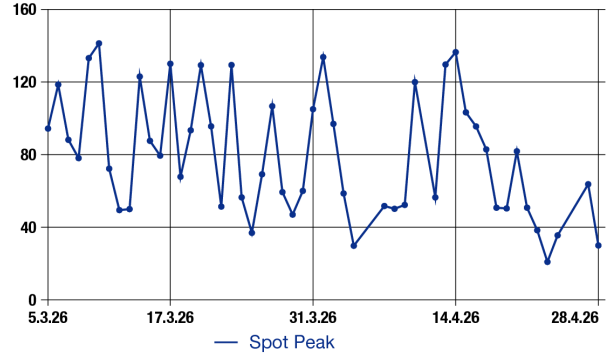
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

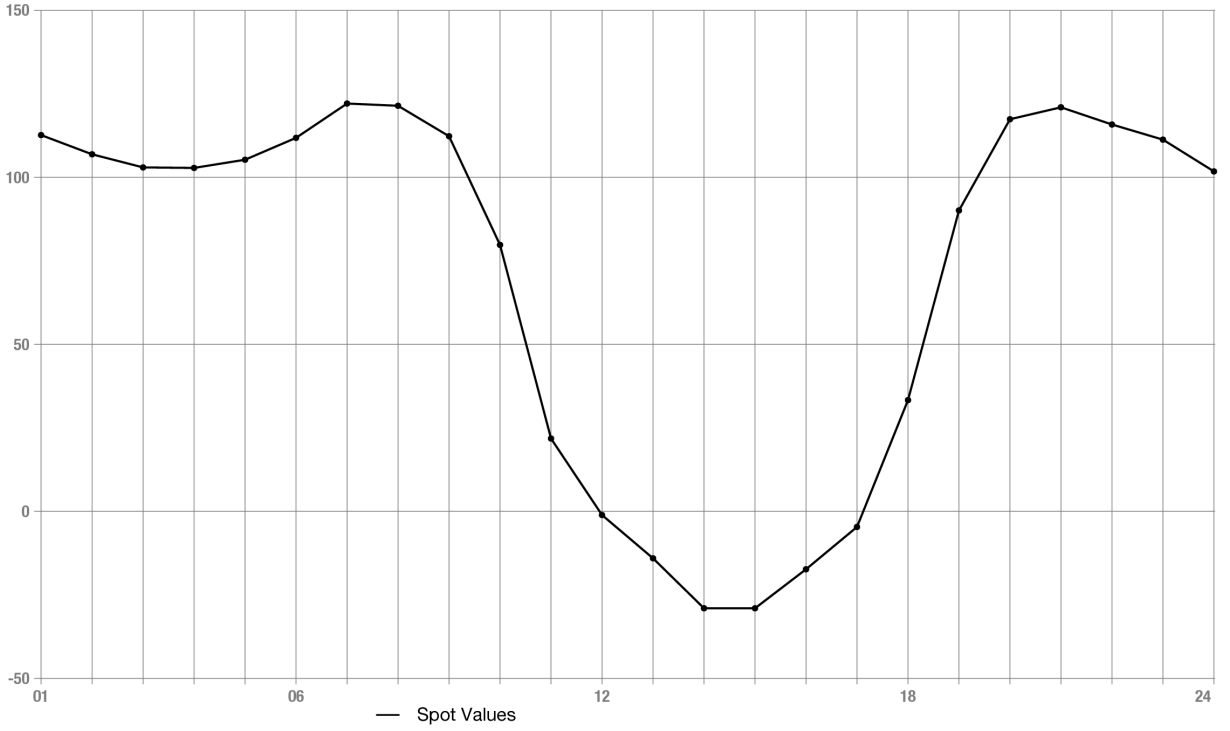
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

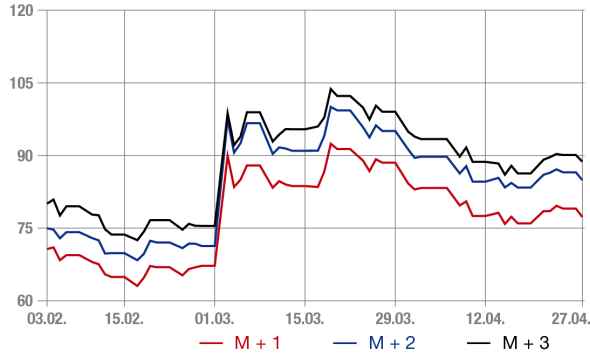
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	27.04.26	German Power Mai-2026	77,31
M2	27.04.26	German Power Jun-2026	84,92
M3	27.04.26	German Power Jul-2026	88,74
Q1	27.04.26	German Power Q3-2026	92,69
Q2	27.04.26	German Power Q4-2026	110,40
Q3	27.04.26	German Power Q1-2027	108,08
Y1	27.04.26	German Power Cal-2027	91,93
Y2	27.04.26	German Power Cal-2028	79,36
Y3	27.04.26	German Power Cal-2029	73,26

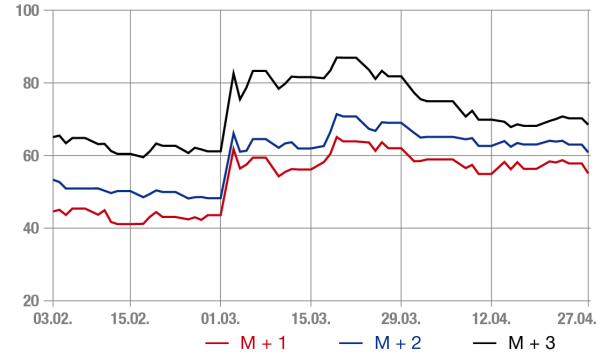
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	27.04.26	German Power Mai-2026	55,07
M2	27.04.26	German Power Jun-2026	60,86
M3	27.04.26	German Power Jul-2026	68,49
Q1	27.04.26	German Power Q3-2026	81,97
Q2	27.04.26	German Power Q4-2026	135,95
Q3	27.04.26	German Power Q1-2027	127,25
Y1	27.04.26	German Power Cal-2027	96,50
Y2	27.04.26	German Power Cal-2028	85,61
Y3	27.04.26	German Power Cal-2029	80,43

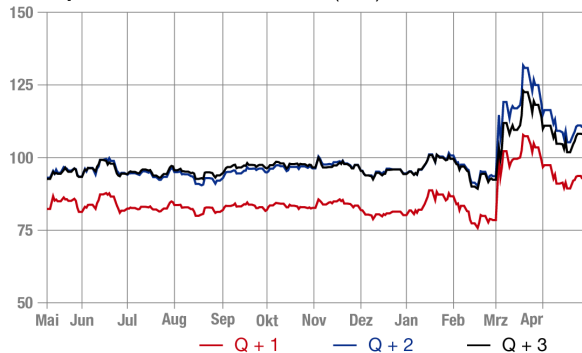
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



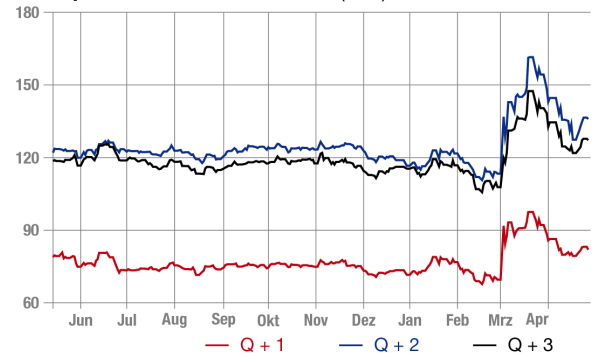
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



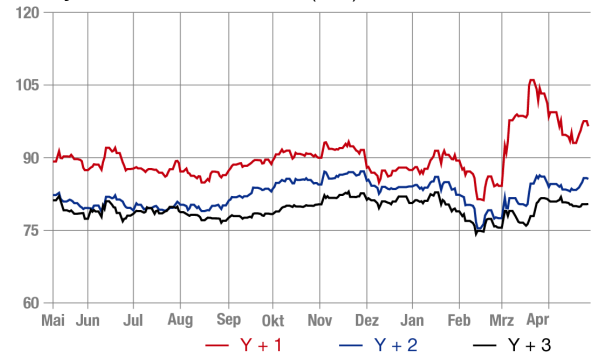
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



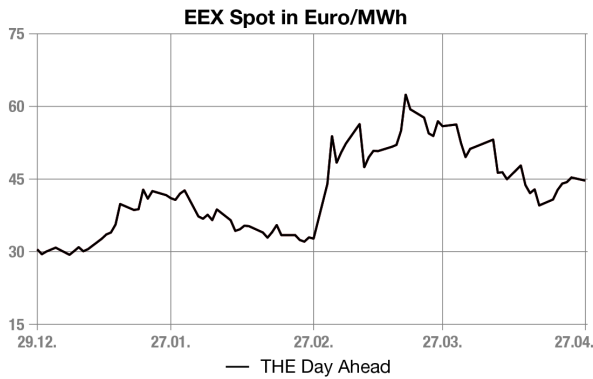
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



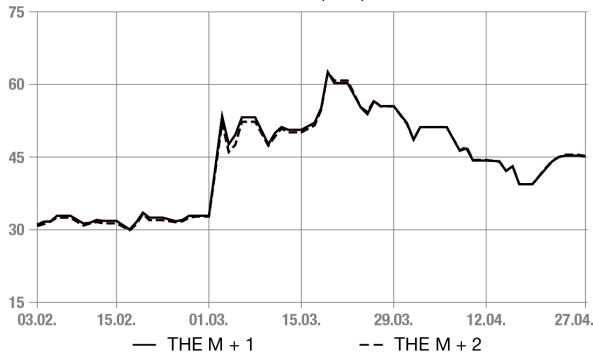
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

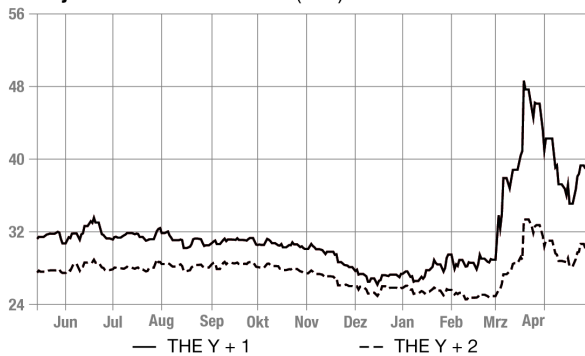
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	27.04.26	German THE Gas Mai-2026	45,10
M2	27.04.26	German THE Gas Jun-2026	45,24
Q1	27.04.26	German THE Gas Q3-2026	45,65
Q2	27.04.26	German THE Gas Q4-2026	46,05
S1	27.04.26	German THE Gas Win-2026	45,79
S2	27.04.26	German THE Gas Sum-2027	36,69
Y1	27.04.26	German THE Gas Cal 2027	38,97
Y2	27.04.26	German THE Gas Cal 2028	30,20



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



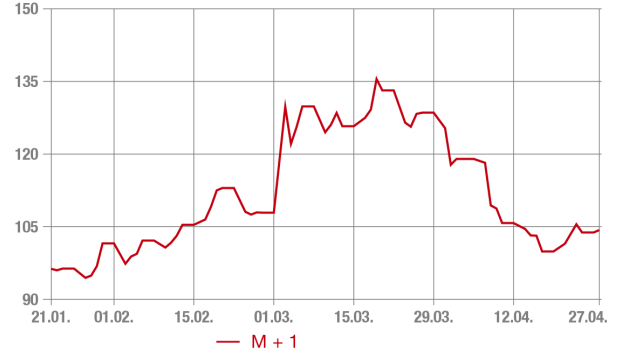
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	27.04.26	70,65	EUR/MWh
Germany Spot peak	27.04.26	29,97	EUR/MWh
EUA Mai	27.04.26	73,55	EUR/tonne
Coal API2 Mai 2026	27.04.26	104,30	USD/tonne

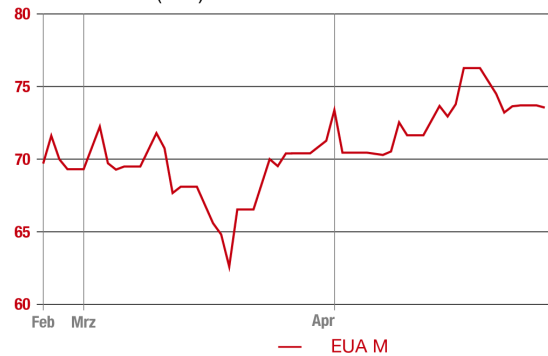
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	27.04.26	44,68	EUR/MWh
German THE Gas Mai-2026	27.04.26	45,10	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	27.04.26	38,97	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jun-2026	27.04.26	108,23	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d)Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



Pflegefachkraft (m/w/d) für die gastroenterologische Station

Für unsere Klinikum Landkreis Tuttlingen gGmbH suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt: Pflegef...

in Neuhausen ob Eck

vor 2 h

Ausbildung Weiterbildung



Full-Stack Softwareentwickler / Software Engineer für erneuerbare Energien, gern Fachinf...

emsys paving the way for renewables Softwareentwicklung Oldenburg bei Bremen Flexible Arbeitszeit...

in Oldenburg

vor 2 h

Festanstellung / Ausbildung / Freie Mitarbeit Flexible Arbeitszeit / Kantine



Oberarzt (m/w/d) für Gefäßchirurgie (2511 ro) in Ingolstadt

Als renommierte Unternehmensberatung sind wir auf die Vermittlung von Fach- und Führungskräften, ...

in Ingolstadt

vor 2 h



Business Development Manager (w/m/d) Energiewirtschaft

emsys paving the way for renewables Oldenburg bei Bremen Flexible Arbeitszeiten Business Develop...

in Bremen

vor 2 h

Festanstellung / Freie Mitarbeit Homeoffice / Flexible Arbeitszeit / Kantine

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)

Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärtner**

Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**

Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**

Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.

Vielen Dank dafür!

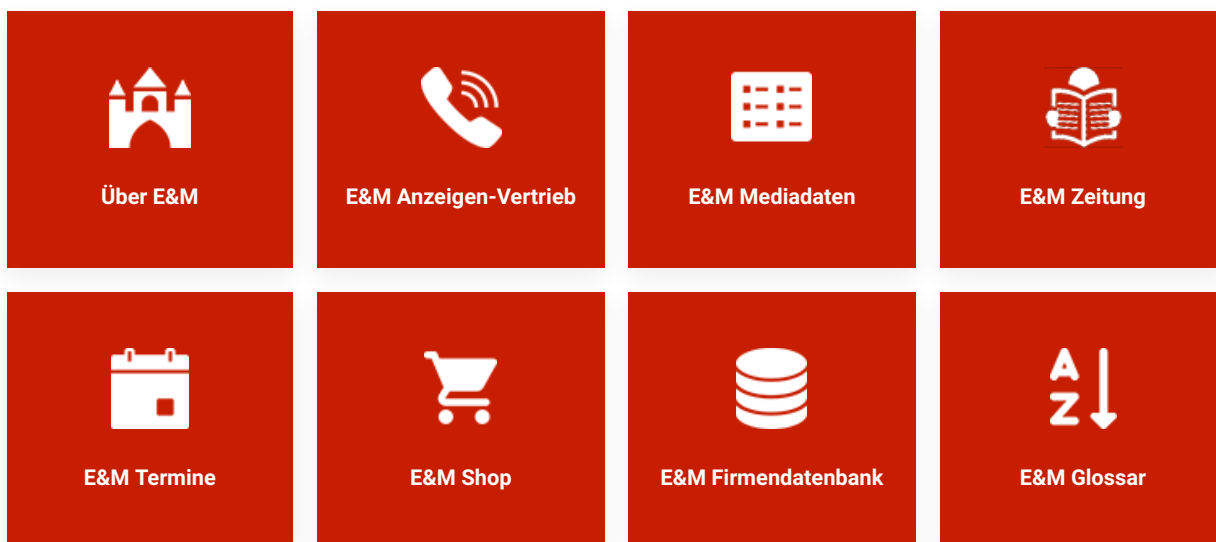
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

